



## LANDESVERBAND PSYCHIATRIE-ERFAHRENE HESSEN E.V.

Rita Henning  
Geschäftsführerin des Liga-Arbeitskreises  
Eingliederungshilfe der  
Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.  
per E-Mail:

Idstein, den 02.06.2024

Betreff: Ihr Positionspapier zur Weiterentwicklung der Werkstätten hin zu einer inklusiveren Arbeitsrealität für Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen in Hessen e. V.

Sehr geehrte Frau Henning,

mit Interesse haben wir, der Landesverband Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V., eine Betroffenenorganisation von jetzigen und ehemaligen Psychiatrie-Patienten, oben benanntes Positionspapier gelesen und mit Freude darin gelesen, dass Sie auch für einen Ausbau des Budgets für Arbeit sind. Wir hätten dazu einige Ideen einzubringen:

Um die Außenarbeitsplätze im Rahmen einer Werkstatt für behinderte Menschen weiterzuentwickeln, würden wir uns freuen, wenn dieser Teil der Werkstatt sich in eine Art gemeinnützige Leihfirma weiterentwickeln würde, bei der die behinderten Menschen angestellt sind und einen regulären Lohn erhalten. Diese "Leihfirma" würde aus Jobcoaches bestehen, die die behinderten Menschen auf den freien Arbeitsmarkt in dauerhafte Arbeitsplätze vermitteln und behindertengerechte Arbeitsbedingungen mit den entsprechenden Firmen aushandeln und die behinderten Menschen anleiten und begleiten. Der Lohnkostenzuschuss an die Leihfirma, das haben wir bereits abgeklärt, würde der Landeswohlfahrtsverband Hessen im Rahmen des Budgets für Arbeit übernehmen; die Kosten für die Jobcoaches das Integrationsamt. Der Vorteil gegenüber einem klassischen Außenarbeitsplatz wäre, dass die behinderten Menschen einen normalen Arbeitsvertrag haben und einen marktüblichen Lohn erhalten.

Des Weiteren haben wir noch eine Idee bezüglich des Budgets für Ausbildung. Vor mehr als 30 Jahren hat seinerzeit die Selbsthilfegruppe Psychiatrie-Erfahrene Wiesbaden mit der IHK Wiesbaden Kontakt aufgenommen, um eine Teilzeitausbildung bzw. -umschulung für Betroffene zu realisieren. Die IHK brachte die Idee der modularen Ausbildung ein. Es war Mitte des letzten Jahrhunderts so, dass manche Menschen mit der Theorie in einer Ausbildung Probleme hatten, aber praktisch gute Leistungen erbrachten. In solchen Fällen hat damals die IHK Wiesbaden die praktische Prüfung zertifiziert, auch wenn die theoretische nicht gelang. Als Idee ist dabei heraus gekommen, dass man auch bei Psychiatrie-Erfahrenen einzelne Abschlussprüfungen vorziehen könnten, z.B. für Rechnungswesen schon nach einem halbem Jahr eine Prüfung ablegen und so wenigstens eine Teilfeldqualifikation erworben zu

haben, auch wenn man nach einem halben Jahr wieder krank geworden ist. Allerdings bestand die IHK Wiesbaden darauf, dass am Ende der Ausbildung/Umschulung die gesamte Abschlussprüfung noch mal abgelegt werden muss, um den vollwertigen Ausbildungsabschluss zu bekommen. Wir dachten dann, dass man diese Ausbildung/Umschulung in Teilzeit durchführen könnte, weil viele Betroffene nicht so belastbar sind und dass die Betroffenen im Rahmen ihrer Ausbildung/Umschulung die nächstgelegene Berufsschule besuchen. Auch sollte es möglich sein, die Ausbildung/Umschulung zu einem Teil, zumindest am Anfang, in einem beschützten Umfeld einer Einrichtung, hier konkret WfbM, zu beginnen und schrittweise und zunehmend auf den allgemeinen Arbeitsmarkt den praktischen Teil der Ausbildung/Umschulung zu absolvieren. Auch kann der Berufsschulunterricht durch Schulungen innerhalb der Werkstatt gestützt werden.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Ideen aufgreifen würden. Ferner sind wir sehr an Informationen interessiert, wo vielleicht bereits modulare Ausbildungen für behinderte Menschen in Ihrem Bereich realisiert sind.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und verbleiben  
mit freundlichen Grüßen

Gez. Vorstand des Landesverbandes Psychiatrie-Erfahrene Hessen e.V.  
(Niels Brand, Frank Garland, Karla Keiner, Regina Kucharski und Sonja Lietzau)